

Sessionsbericht Nationalrat Wintersession 2008

Datum

Dezember 2008

Von Martin Bäuble, Nationalrat ZH und Präsident glp Schweiz

Bundesratswahlen

Die Bundesratswahlen waren in den ersten zwei Sessionswochen das dominierende Thema. Auch bei den Grünliberalen gab es vor und nach der Wahl verschiedene Reaktionen und Meinungen zu dieser Wahl. Die Grünliberalen haben ein Mediencommuniqué zur Bundesratswahl publiziert, welches die grundsätzliche Haltung der Grünliberalen spiegelt.

<http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2008/mm20081210.pdf>.

Der Sinn einer geheimen Wahl ist es, dass das persönliche Abstimmungsverhalten geheim bleiben soll, um auch jeglichen Druckversuchen auszuweichen. Nach dem knappst möglichen Resultat entschied sich Martin Bäuble zur Klärung der Situation sein persönliches Stimmverhalten für Ueli Maurer mit Begründung im Sonntagsblick

www.blick.ch/news/schweiz/Bundesratswahl/seine-stimme-machte-maurer-zum-bundesrat-107520 offenzulegen.

Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems und Bankengesetz

Beide Räte haben in einer Sonderdebatte die Finanzkrise beraten und gleichzeitig die Massnahmen zur Stabilisierung des Schweizer Finanzsystems beschlossen. Martin konnte dieses Paket als Kommissionssprecher vertreten und seine Voten, welche auch die Haltung der Grünliberalen entsprechen, können nachgelesen werden unter:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4806/285764/d_n_4806_285764_285879.htm

Die Grünliberalen haben das Paket ohne Änderungen angenommen, um das Vertrauen in den Finanzplatz möglichst rasch wieder zu stärken. Zudem sind die wichtigen Punkte im Rahmen der Verträge festgehalten und es wäre falsch gewesen, das Paket mit populistischen, aber letztlich wirkungslosen Forderungen anzureichern. Die Linke hat leider nur zur politischen Profilierung Forderungen erhoben, übernahm keinerlei staatspolitische Verantwortung und lehnte die Vorlage aber trotz möglichen Zugeständnissen ab.

Die Grünliberalen wollen insbesondere im Rahmen des Aktienrechtes die Fragen der Corporate Governance, der Löhne und Boni oder der Rückforderungen einbringen (s. auch weiter unten). Das ist der Weg, der auch zu Lösungen führt.

Die Grünliberalen haben auch den Vorschlag für die sofortige Erhöhung des Einlegerschutzes mitgetragen, obwohl her bei einer definitiven Lösung noch einige Fragen zu klären sind – insbesondere wer die Kosten für diese zusätzliche Sicherheit tragen wird.

Budget 2009

Ein weiteres Kerngeschäft war das Budget für das Jahr 2009. Dabei wurden aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung erste Massnahmen im Sinne eines Konjunkturprogramms beschlossen. Besonders erwähnenswert war die Zustimmung zu einer Aufstockung der Mittel für Gebäudesanierungen um 86 Mio. auf 100 Mio., welche die UREK-N beantragt und via Martin Bäuble in die Finanzkommission und als Minderheit in den Rat eingebracht wurde. Unabhängig von der Wirksamkeit von solchen Konjunkturprogrammen ist diese vorgezogene Massnahme in Gebäudesektor aus klimapolitischer Sicht wesentlich. Die Grünliberalen haben dem Budget zugestimmt. Die Voten dazu zum Eintreten von Thomas Weibel

www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4806/284746/d_n_4806_284746_284770.htm und die Voten von Martin zu den Anträgen Gebäudesanierungen www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4806/287029/d_n_4806_287029_287056.htm und Personal www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4806/285373/d_n_4806_285373_285377.htm.

Gesamtschau FinöV (ZEB)

Der Nationalrat stimmte der Vorlage aus dem Ständerat mehr oder weniger unverändert zu und dies war auch die Haltung der Grünliberalen. Es ist allen klar, dass die grosse Liste der Projektwünsche noch nicht finanziert ist und hier noch neue Lösungen gefunden werden müssen – die geplante Volksinitiative des VCS ist hier ein zielführender Ansatz.

Rüstungsprogramm

Die Debatte um das Rüstungsprogramm fand nach dem angekündigten Rücktritt von Bundesrat Schmid zur Sachlichkeit zurück. Bedauerlich war dabei die Verknüpfung von Sach- und Personalpolitik der SVP. Die Grünliberalen trugen wie in der ersten Debatte zusammen mit der CEg-Fraktion das Rüstungsprogramm mit.

Parallelimporte

Die Grünliberalen tragen den Kompromiss mit, der im Nationalrat zur Einführung der euroregionalen Erschöpfung geführt hat. Dies bedeutet, dass künftig Güter aus der EU an den offiziellen Vertriebskanälen vorbei importiert werden dürfen. Die Grünliberalen erhoffen sich durch diesen wichtigen Schritt tiefere Konsumentenpreise. Allerdings sind die Grünliberalen nicht einverstanden mit der sogenannten „Lex Pharma“ welche die Medikamente vom Parallelimport ausschliesst. Diese Ausnahme ist ein klarer Kniefall vor der Pharmedia. Allerdings erwägen sie nach wie vor, zusammen mit Konsumentenorganisationen und Krankenkassen eine Initiative zu starten oder andere Massnahmen zu ergreifen, welche zumindest zu einer regionalen Erschöpfung ohne Ausnahmen führen - siehe auch Medienmitteilung vom 16.12.08 www.grunliberale.ch/doku/medien/2008/mm20081216.pdf.

Strompreisdebatte

Der Nationalrat hat im Rahmen von Vorstössen und der dringlichen Verordnung des Bundesrates über die Strompreise diskutiert. Martin Bäuml hat für die Grünliberalen nochmals klar festgehalten, dass für die glp die Strompreiserhöhungen nicht grundsätzlich schlecht sind, da sie zu einem sparsameren Umgang mit Energie führen. Die Grünliberalen begrüssen aber die Verordnung und erwarten im Netzbereich weitere Anpassungen nach unten, um Spielraum für eine Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEF) zu erhalten, damit mehr Anlagen für erneuerbaren Strom gebaut werden können und auch kleinere ihre Solaranlagen bauen können. Das Votum von Martin dazu: www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4806/286501/d_n_4806_286501_286757.htm.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Grünliberalen trugen den Vorschlag aus dem Ständerat für eine moderate Erhöhung für die Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens als Zielquote mit. Dies soll mit einer zusätzlichen Botschaft und mit einem zusätzlichen Rahmenkredit später beschlossen werden. In der Botschaft soll aufgezeigt werden, wie die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit effizienter umgesetzt wurden und wie der thematische und geographische Einsatz der zusätzlichen Mittel bestimmt werden soll.

Aktienrecht

Die Grünliberalen wollen sich im Rahmen der Aktienrechtsrevision aktiv einbringen und pragmatische Lösungen für die Lösung der Problematik Corporate Governance und die umstrittene Lohn- und Bonifrage einbringen und so einen kon-

struktiven Gegenvorschlag zur Initiative Minder formulieren. Dazu trafen sie sich in einer Gruppe einerseits mit einem Vertreter von Ethos, um deren Ansätze im Aktienrecht anzuhören und führten weitere Gespräche zu diesem Thema mit Interessensvertretern und wollen auch weitere Gespräche mit z.B. der Bankiervereinigung führen.

Herzliche Grüsse

Martin Bäumle, Nationalrat